

Resolution

Resolution: Bildung braucht Zeit



Bildung braucht Zeit. Dabei denken wir nicht alleine an die Stunden und Jahre, in denen Lehrkräfte Kindern und Jugendlichen Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln. Es geht uns wesentlich auch um die Ruhe und den Raum, Mädchen und Jungen zu begleiten und auf ihre individuellen (Lern-)Bedürfnisse einzugehen. Denn Wissen ist nicht gleich Bildung – und Bildung bedeutet eben auch: Persönlichkeitsbildung.

Der Anspruch von Lehrerinnen und Lehrern an die eigene Arbeit kollidiert jedoch zunehmend mit Aufgaben und Erwartungen, die von Bildungspolitik und Bildungsverwaltung an die Schulen herangetragen werden. Dies geschieht zwar mit dem Ziel, die Qualität der pädagogischen Arbeit zu halten bzw. zu steigern; doch beobachtet der VBE Hessen, dass durch ständig neue außerunterrichtliche Aufgaben vor allem die Belastung und die Arbeitszeit von Lehrkräften und Schulleitungen steigen. An der Zeit für Bildung im ganzheitlichen Sinne fehlt es leider immer häufiger.

DER VBE HESSEN ERKENNT FOLGENDE URSACHEN FÜR DIESEN ZUSTAND:

- Die Vorgabe, Schulprogramme zu formulieren und evaluieren und ständig neue Konzepte zu entwerfen, macht unzählige zusätzliche Konferenzen und Arbeitsgruppen, Dokumentation und Evaluation notwendig.
- In einer noch nie dagewesenen engen Taktung müssen Lehrkräfte und Schulleitungen sich mit Novellen von Gesetzen, Verordnungen und Erlassen auseinandersetzen. Diese ziehen zudem häufig konzeptionelle Änderungen an Schulen nach sich, was wieder Konferenzzeit kostet.
- Die Änderungen der rechtlichen Regelungen sind oft vom Bestreben der Juristen/innen geprägt, das Kultusministerium und die Schulämter gegen mögliche Klagen und Urteile abzusichern. Die Folge ist regelmäßig ein erhöhter Dokumentationsaufwand an den Schulen.
- Der Lehrkräfte-Mangel bringt zahlreiche Personen an die Schulen, die fachlich oder/und didaktisch gar nicht oder nicht ausreichend auf das Unterrichten vorbereitet sind. Die qualifizierten und erfahrenen Lehrkräfte kommen so zwangsläufig in die Rolle von Mentoren/innen der neuen Kolleg/innen, zusätzlich zu ihrer Mentoren-Tätigkeit für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und Studierende in schulpraktischen Studien.

- Die Inklusion bringt an allen Schularten und -formen viele weitere, bislang unbekannte außerunterrichtliche Aufgaben mit sich: von der Diagnose für die Schüler/innen über Elternberatung und Förderausschüsse bis hin zum Schreiben von Förderplänen, Gutachten und Stellungnahmen.
- Verstärkung aus anderen Professionen ist angesichts des Lehrermangels und für den inklusiven Unterricht dringend notwendig. Das Kultusministerium hat darauf zwar mit den UBUS-Stellen reagiert. Allerdings reichen die Ressourcen für Sozialpädagogen/innen nach wie vor nur für eine sporadische Unterstützung aus. Der Mangel an Förderschul-Lehrerinnen und -Lehrern bzw. BFZ-Kräften bedeutet für alle Schulen eine zusätzliche Belastung.
- In der Summe führen all diese Belastungen und die erhöhte Arbeitszeit zu einem erhöhten Krankenstand. Dieser wiederum bedeutet, dass entweder die präsenten Kolleginnen und Kollegen einspringen müssen – oder dass es zu Unterrichtsausfall kommt und damit noch weniger Zeit für Bildung bleibt.

Zu den beschriebenen Aufgaben und Belastungen kommen für die Kolleginnen und Kollegen in den Schulleitungen folgende hinzu:

- Schulen übernehmen seit Jahren immer mehr Verantwortung für ihr Tun. Dieses Mehr an Selbständigkeit geht einher mit einem Mehr an Verwaltung und Dokumentation.
- Das Kleine Schulbudget bringt (neben einem größerem Gestaltungsspielraum) die Pflicht zur Haushaltsführung und die damit verbundene Verantwortung mit sich. Das Große Schulbudget erfordert zusätzliche Kompetenzen in Haushaltsführung und Kenntnisse über Stellenbewirtschaftung.
- Die Einführung von Schul-Girokonten bedeutet weitere Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten.
- Durch das elektronische Datenverarbeitungssystem für Personalplanung und Budget (PPB) werden Aufgaben an Schulleitungen übertragen, die bisher in den Staatlichen Schulämtern von Sachbearbeiter/innen erledigt wurden.
- An jedem Förderausschuss muss auch die Schulleitung teilnehmen, zudem sind Schulleiter/innen zuständig für die Einladung, die Dokumentation für das Schulamt und den Bescheid an die Eltern.
- Schulleiterinnen und Schulleiter wachen nicht nur über die Einhaltung von Gesetzen, Erlassen und Verordnungen, sondern müssen auch möglichen Kindeswohl-Gefährdungen nachgehen und sind zudem letztverantwortlich für Sicherheit, für Arbeits-, Brand- und Datenschutz. Die Qualifizierung zu allen diesen Themen kostet viel Zeit.

DER VBE HESSEN FORDERT DIE POLITIK DAHER ZUM HANDELN AUF:

- Angesichts des immensen Anstiegs außerunterrichtlicher Aufgaben und ständig neuer Herausforderungen muss die Zahl der Pflichtstunden deutlich und dauerhaft gesenkt werden.
- Das Schuldeputat muss dringend erhöht werden, damit Lehrkräfte, die besondere Aufgaben für das gesamte Kollegium übernehmen, dafür eine Entlastung über die Pflichtstunden bekommen können.
- Schulleiter- und Schulleitungsdeputat müssen ebenfalls erhöht werden. Die zusätzlichen Stellen in der Schulleitung müssen zudem mit zusätzlicher Leitungszeit ausgestattet werden. Andernfalls bringt eine zusätzliche Funktionsstelle keine spürbare Entlastung.
- Der VBE Hessen ist dem Einsatz von Verwaltungsfachkräften gegenüber aufgeschlossen. Allerdings können diese kein vollständiger Ersatz für Entlastungen wie die Reduzierung von Pflichtstunden bzw. die Aufstockung von Deputaten und Sekretariatsstunden sein, und auf keinen Fall dürfen an anderer Stelle Stunden oder Funktionen eingespart werden, zum Beispiel in der Schulleitung. Unbedingt müsste vor einem Einsatz von Verwaltungsfachkräften geklärt sein, welche Aufgaben von Lehrkräften und Schulleitungen diesen übertragen werden können und wofür welche pädagogische Qualifikationen erforderlich wären. Der VBE Hessen hält es außerdem für eine Voraussetzung für die gedeihliche Zusammenarbeit von Sekretär/innen und Verwaltungsfachkräften, dass beide denselben Arbeitgeber haben. Einheitlichkeit anstelle des hessischen Flickenteppichs hält der VBE Hessen auch deshalb für geboten, weil die Versorgung einer Schule mit Sekretariatsstunden bislang von der Haushaltslage oder dem guten Willen des Schulträgers abhängt. Aus aktuellem Anlass und mit Blick auf das Modellprojekt zu so genannten „Verwaltungs Kräften“ in Fulda und im Main-Kinzig-Kreis macht der VBE Hessen zudem deutlich, dass er Fachkräfte mit entsprechenden Qualifikationen für die Verwaltungsarbeit erwartet.
- Die Zahl der Sekretariatsstunden darf nicht alleine auf der Grundlage von Schülerzahlen errechnet werden und von den finanziellen Mitteln des Schulträgers abhängen. Für die Berechnung müssen Mindeststandards gesetzt werden, die für alle Schulamtsbereiche gültig sind.
- Die Bezahlung von Lehrkräften an Grundschulen muss steigen, damit Gerechtigkeit zwischen den verschiedenen Lehrämtern hergestellt wird. Deren Arbeit ist zwar nicht gleichartig, aber gleichwertig, wie bereits im VBE-Gutachten aus dem Jahr 2011 von Prof. Dr. Gusy konstatiert wurde. Eine höhere Besoldung für Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen würde außerdem die Attraktivität dieses Berufs steigern.
- Angesichts des Mangels an Bewerber/innen für Positionen in der Schulleitung ist eine bessere Bezahlung auf diesen Funktionsstellen dringend geboten.